Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzende Ursula Aljets
entschuldigt fehlte Sabine Gastmann
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Reese
entschuldigt fehlte Angelika Thwin

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Stephan Hellwig
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Hans-Joachim Jasny

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglied Claus Westerman

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Grundmandat Gerold Tholen

Mitglied der LAW

beratende Stimme Johann Janssen

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung Soziales Jörg Sieberns

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker

Gäste

Herr Neemann (AOK)
Herr Werner (JUH)

Sozialverband Deutschlands e. V.

entschuldigt fehlte Hans-Peter de Vries

Mitglied des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Manfred Kaluza

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
beratendes Mitglied Joachim Stasch

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
2 Feststellung der Tagesordnung
3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 28.08.2008.
4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
4.1 Vergabe Erstausstattungen von Wohnungen mit Einrichtungsgegenständen an die DIAKONIE
5 Mitteilungen und Anfragen
5.1 Vorstellung der Johanniter Unfallhilfe (Bericht durch Herrn Werner, dem Ortsbeauftragten der Johanniter Unfallhilfe)
5.2 Änderung der Pflegeversicherung (Bericht durch Herrn Neemann von der AOK)
5.3 Sachstand zu den "Kosten der Unterkunft"
5.4 Vertrag bezüglich des "Tagesaufenthaltes für Wohnungslose" der Diakonie (s. Anlage 2)
5.5 Wilhelmshavener Tafel
5.6 Pro-Aktiv-Center
5.7 Projekt "nette Toilette"

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
Die Vorsitzende, Frau Aljets, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung
Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 28.08.2008.

Beschluss : (einstimmig)
Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 28.08.2008 wird genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Vergabe Erstausstattungen von Wohnungen mit Einrichtungsgegenständen an die DIAKONIE

Herr Stoffers erläuterte die Beschlussvorlage.

Die kommunalen Gebietskörperschaften seien im Rahmen des § 23 (3) SGB II in Verbindung mit § 6 (1) SGB II und § 31 (1) SGB XII für die Wohnungserstausstattungen zuständig. In jedem Jahr erfolge die Vergabeentscheidung unter Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes.
Für 2009 seien (wie im Vorjahr) **160.000,00 €** veranschlagt.
Man habe bei 5 Firmen Preisabfragen durchgeführt.
Die Diakonie sei dabei der einzige Anbieter gewesen, der die gesamte Ausstattung zu vergleichbar günstigen Preisen anbiete. Man sei auch in der Vergangenheit mit der Abwicklung der Lieferungen durch die Diakonie sehr zufrieden gewesen.
Deshalb schlage man in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt für die Lieferung der Wohnungserstausstattungen im Jahre 2009 die Diakonie vor.

Beschlussvorschlag: einstimmig

Die Lieferung von Erstausstattungen für Wohnungen gemäß § 23 (3) SGB II i. V. m. § 6 (1) SGB II und § 31 (1) SGB XII soll für das Jahr 2009 an die Diakonie vergeben werden.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Vorstellung der Johanniter Unfallhilfe (Bericht durch Herrn Werner, dem Ortsbeauftragten der Johanniter Unfallhilfe)

Herr Siegfried Werner (Ortsbeauftragter der Johanniter Unfallhilfe) stellte die Geschichte der 1969 in Sengwarden gegründeten und seit 1999 in der Bismarckstraße ansässigen JUH vor.
In Wilhelmshaven sei man in folgenden Bereichen tätig:
Häusliche Krankenpflege:
Hier seien 14 hauptamtliche und mehrere Aushilfskräfte tätig, die ca. 120 Personen betreuen.
Hausnotruf:
Es werde ein Hausnotruf für ca. 80 Personen betrieben.

Behindertenfahrdienst:
In diesem Bereich werden 12 Spezialfahrzeugen eingesetzt.
Es werden u. a. Fahrten zur GPS, zum Behindertenkindergarten oder Sozialfahrten im Aufrage der Stadt durchgeführt.
Essen auf Rädern:
Es würden ca. 100 Personen versorgt. Man biete 196 verschiedene Essen mit Preisen von 4,30 bis 6,85 € an
Rettungsdienst:
Die JUH sei in den städtischen Rettungsdienst eingebunden.

Man zähle insgesamt 27 Vollzeitkräfte, dazu geringfügig Beschäftigte und Aushilfen in allen Bereichen. Ehrenamtlich seien 61 Personen tätig.
Für den Katastrophenschutz seien 28 Personen verpflichtet, die Fahrzeuge würden vom Bund gestellt.
Die Schnelleinsatztruppe mit 18 Personen könne innerhalb von 30 Minuten alarmiert werden.
11 Ausbilder stünden für Erste-Hilfe-Kurse oder andere Ausbildungen zur Verfügung.
Man habe eine Frauengruppe neu gegründet, die Bedürftigen helfen möchte.
Kontakt bestehe zu einer Partnerstadt in Polen.
Abschließend erläuterte Herr Werner die Ausbildungsmöglichkeiten bei der JUH wie z. B. Lehrgänge zu Schwesterhelfer oder Rettungssanitäter, die u. U. einen Einstieg in das Berufsleben erleichtern.

5.2 Änderung der Pflegeversicherung (Bericht durch Herrn Neemann von der AOK)
Herr Neemann erläuterte das Thema anhand einer Präsentation (sh. Anlage).
Herr Reese beklagte die Verlagerung des MdK nach Oldenburg, was zu Problemen für die Kranken in Wilhelmshaven führe.
Der Ausschuss schloss sich dieser Einschätzung von Herrn Reese an.

5.3 Sachstand zu den "Kosten der Unterkunft"

Herr Stoffers informierte über den ursprünglichen Antrag des Ratsherrn Janssen (LAW) zur Erhöhung der Sätze für die Kosten der Unterkunft (sh. dazu Protokoll 04/2008 der Sitzung vom 26.06.2008).

Zur Ratssitzung am 17.09.2008 sei der Antrag wie folgt umformuliert und vom Rat an diesen Ausschuss verwiesen worden:

Antrag:
„Der Rat möge beschließen: Die Kosten der Unterkunft (KdU) für Empfängerinnen von Arbeitslosengeld 2 und Sozialgeld und auch für diejenigen, die eine Grundsicherung erhalten, werden ohne Abstriche beglichen, so, wie sie anfallen.“

Gemeint sei damit, dass für den Personenkreis der SGB II und XII - EmpfängerInnen die tatsächlichen Mietkosten übernommen werden sollen.

Zu der Thematik habe man von einer zu diesem Thema extra eingerichteten „Bund-Länder-Kommission“ zunächst nichts gehört und ein Schreiben an den Deutschen Städtetag geschickt, der das Thema begleitet.
Die „Bund-Länder-Kommission“ habe mehrmals auch unter Beteiligung des Dt. Städtetages getagt. Es bestehe in der Kommission eine Einigung, dass die Empfehlungen des Bundes sich auf die Zusammenstellung der einschlägigen höchstrichterlichen Rechtsprechung zum SGB II (KdU) beschränke und darüber hinaus auf die Empfehlungen des Dt. Vereins hingewiesen werde.

Dies stelle insgesamt eine schmale konsensfähige Lösung dar, weil in vielen Bundesländern eigene Empfehlungen erarbeitet würden und keine Überschneidungen bzw. weitgehende bundesweite Festlegungen erfolgen sollten.

Herr Stoffers ging davon aus, dass man bald eine endgültige Fassung vorgelegt bekomme.

Vor Ort seien verschiedene Verfahren bei den Gerichten anhängig.
Das Landessozialgericht habe angekündigt, wahrscheinlich im Laufe des Monats Dezember mehrere Verfahren im Rahmen der mündlichen Verhandlung zu behandeln. Gleichzeitig habe die Stadt Wilhelmshaven einen umfangreichen Fragenkatalog vom Gericht beantwortet.

So sei beispielsweise zu erläutern, welche Konzeption die Stadt bei der Ermittlung der Miethöchstbeträge zu Grunde lege.

Die Stadt bewerte es positiv, dass sich erstmalig ein Gericht intensiv mit der Thematik befasse. Ob das städtische System der Überprüfung standhalte, sei abzuwarten. Man hoffe, dass das Gericht zu einer Vielzahl von Einzelfragen Stellung beziehe und jetzt herrschende Unsicherheiten beseitigt werden.

Insgesamt handele es sich um einen dynamischen Prozess, d.h. durch die Ausurteilung der Gerichte würden immer mehr Einzelfragen geklärt. Das Verfahren in Wilhelmshaven würde laufend angepasst.

Man habe durchgerechnet, welche Mehrkosten entstünden, wenn die Wohngeldtabelle angewendet würde:

1-Personen-Bedarfsgemeinschaften (3.300):

Miethöchstbetrag Stadt	259,- €
WoG-Tabelle	280,- €
Differenz monatlich	21,- €
Differenz jährlich	252,- € x 3.300 = 849,00,- € Mehrkosten

Mit den Bedarfsgemeinschaften der 2 bis 5-Personen-Haushalte ergebe sich insgesamt eine Mehrbelastung von ca. 1,5 Mio. € (Bruttoausgabe der Stadt).

Hiervon wäre die Bundeserstattung von rund 430.000,- € (28,6%) abzuziehen, es verblieben als Nettobelastung bei der Stadt: rund 1.070.000,- €.

Nach der aktuellen WoG-Tabelle mit 10 % Zuschlag würden brutto rund 3,8 Mio. € abzüglich 1,0 Mio. € Bundzuschuss = 2,7 Mio. € fällig.

5.4 Vertrag bezüglich des "Tagesaufenthaltes für Wohnungslose" der Diakonie (s. Anlage 2)

Herr Stoffers erläuterte die der Einladung beigefügten Anlage.
Es handele sich um einen dreiseitigen Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen, der Stadt Wilhelmshaven und dem Diakonischen Werk.
Die Stadt sei für die Wilhelmshavener Wohnungslosen, das Land für die umherziehenden Personen zuständig.
Das Land schreibe bei weniger als 6.300 Kontakten pro Jahr eine Vollzeitstelle vor, bei 6.301 bis 8.400 Personen 1,25 Stellen.
In Wilhelmshaven zählte man 8.300 Kontakte, weshalb die Stellenquote von 1,0 auf 1,25 angepasst werden müsse.
Pro Jahr entstünden der Stadt Mehrkosten von ca. 10.000,00 € (10 % entfielen auf die Diakonie, 45 % jeweils auf die Stadt und das Land).
Der Ausschuss nahm die Vertragsänderung zustimmend zur Kenntnis.

5.5 Wilhelmshavener Tafel

Herr Reese regte an, dass der Ausschuss sich in einer der nächsten Sitzungen über die Arbeit der Wilhelmshavener Tafel informieren sollte.

5.6 Pro-Aktiv-Center

Herr Stoffers erläuterte die bisherige Finanzierung:

28.000,00 €	vom Land
114.000,00 €	vom Job-Center
143.000,00 €	ESF (Eur. Sozialfonds) + Landesförderung
286.000,00 €	insgesamt/Jahr

Über die N-Bank (Förderbank des Landes Niedersachsen) sei ein Vertrag für 3 Jahre mit einem Volumen von 858.000,00 € geschlossen worden.
Es gab Streit zwischen den Bundesländern und der Bundesagentur für Arbeit über die Auslegung des § 16 Absatz 2 SGB II. Als Folge wurden die Agenturen vor Ort angewiesen, den Paragraphen nicht mehr für die Projektförderung zu nutzen. Eine neue Regelung in § 16 f SGB II („freie Förderung“) sehe vor, 2 % des Eingliederungsfonds für diese Aufgabe einzusetzen (dies entsprächen in Wilhelmshaven 200.000,00 €).
Es sei jedoch fraglich, ob diese Regelung zum 01.01.2009 in Kraft trete. Die Regionaldirektion teilte mit, dass man trotzdem fördere und so die Einrichtung sichere.
Herr Stoffers ergänzte, dass die Stadt und der Landkreis Friesland in etwa gleichlautende Schreiben an die kommunalen Spitzenverbände geschickt hatten, um die Förderung zu sichern.

5.7 Projekt "nette Toilette"

Herr Dr. Rübsamen berichtete von dem Projekt „nette Toilette“ in der Stadt Aalen, auf das er durch Frau Beate Drews (Kontinenz-SHg Wilhelmshaven/Friesland) aufmerksam gemacht wurde.

Im Rahmen dieser Aktion stellten Gastronomen der Stadt Aalen ihre Toiletten öffentlich zur Verfügung. Ziel sei eine quantitative und qualitative Verbesserung des Angebotes an kostenlosen öffentlichen Toiletten im innerstädtischen Bereich.
Der kommunale Reinigungszuschuss an die beteiligten Gastronomen sei deutlich niedriger als die jährlichen Wartungs- und Reinigungskosten für die bisher bestehenden Toiletten im öffentlichen Raum. In Aalen sei die eingebundene Gastronomie an Aufklebern auf der Eingangstür zu erkennen. Der Gastronom erhalte je nach Lage 40,00 € bis 100,00 € monatliche Aufwandsentschädigung.
In Wilhelmshaven sei die Situation jedoch anders, weil eine Firma für die Bereitstellung der öffentlichen Toiletten beauftragt sei. Der Stadt entstünden keine Kosten, eine Umschichtung der Mittel sei also nicht möglich.

B Nichtöffentlicher Teil

Tagesordnung:

6. Genehmigung der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 28.08.2008

7. Mitteilungen und Anfragen

6 Genehmigung der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 28.08.2008
Beschluss: (einstimmig)
Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 28.08.2008 wird genehmigt.

7 Mitteilungen und Anfragen
- Keine -

Ende der Sitzung 17:00 Uhr

Unterschrift Dezernent	Unterschrift Vorsitzende/r	Unterschrift Protokollführer/in